

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Braun, Martin Sichert, Petr Bystron, Dietmar Friedhoff, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Illegale arabische Bautätigkeiten im C-Gebiet des Westjordanlandes stoppen – Mittelbare Finanzierung verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass
 - a. in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine konstante illegale arabische Bautätigkeit in der zivil und militärisch durch Israel verwalteten Area C des Westjordanlandes zu beobachten ist;
 - b. diese Bautätigkeit mit Menschenrechtsverletzungen durch die Palästinensische Autonomiebehörde einhergeht;
 - c. diese Bautätigkeit indirekt, unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe, durch deutsches Steuergeld gefördert wird sowie diese Förderung die Beziehungen zwischen Israel und den Mitgliedstaaten der EU nachhaltig beschädigt.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 1. zu erklären, dass den Beziehungen der EU zu Israel eine zentrale Bedeutung zukommt;
 2. jedwede Förderung illegaler arabischer Bauten durch die EU öffentlichkeitswirksam zu verurteilen sowie sich dafür einzusetzen, dass sie umgehend eingestellt wird.

Berlin, den 27. Juni 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Gemäß dem 1995 geschlossenen „Interimsabkommen über das Westjordanland und den Gaza-Streifen“ (auch Oslo II genannt) wurden die zuvor zu Jordanien gehörigen und 1967 von Israel eroberten Regionen Judäa und Samaria, das sog. Westjordanland, in drei Teile geteilt. Die (zu jenem Zeitpunkt kaum von Arabern bewohnte) Area C wird gemäß dem Abkommen militärisch und zivil von Israel verwaltet, während die Area B nur militärisch, zivil aber von der Palästinensischen Autonomiebehörde verwaltet wird und Juden der Zugang in die Area A untersagt ist.¹

Jedwede Bautätigkeit in der Area C ist sowohl gemäß diesem Abkommen als auch nach israelischem Recht nur nach Erhalt einer Baugenehmigung zulässig. Dennoch ist seit spätestens der Jahrtausendwende eine intensive und zunehmende illegale arabische Bautätigkeit in dieser Region zu verzeichnen. Bei allen ohne Baugenehmigung errichteten Gebäuden in der Area C handelt es sich nur bei rund 5 Prozent um von Juden, aber zu fast 95 Prozent um von Arabern errichtete Gebäude.² Die israelische NGO Regavim stellte fest, dass die Zahl der ohne israelische Baugenehmigung errichteten Gebäude allein in der Region Adumim (im östlichen Umland von Jerusalem) von 209 Gebäuden im Jahr 2003 auf über 700 Gebäude zu Beginn des Jahres 2014 gestiegen war.³ Vornehmlich werden derartige Siedlungen gezielt an Stellen errichtet, die früher oder später für den Bau oder die Vergrößerung jüdischer Siedlungen benötigt würden; daher seien die östlichen Vororte von Jerusalem besonders betroffen. Darüber hinaus siedelt die Palästinensische Autonomiebehörde keineswegs arabische Städter in diesen kaum Infrastruktur bietenden Siedlungen an, sondern nutzt dafür insbesondere Beduinen.

Diese illegale Bautätigkeit geht vonstatten mit Unterstützung von Geldern aus dem Westen, insbesondere mit EU-Mitteln. Über diesen Umstand ist die israelische Öffentlichkeit seit Jahren informiert.⁴ Doch macht inzwischen auch die EU selbst kein Hehl aus dieser Penetration der israelischen Rechtshoheit über die Area C; von den 296 Mio. Euro, die die EU für das laufende Kalenderjahr an Hilfen für die Palästinensische Autonomiebehörde ankündigte, sind 8 Mio. allein und explizit für die Area C bestimmt.⁵

Die EU stellt ihre Hilfen trotz zahlreicher Medienberichte über Menschenrechtsverstöße vonseiten der Palästinensischen Autonomiebehörde gegenüber den Bewohnern derartiger Siedlungen nicht ein. Ein besonders krudes Beispiel für diese Vorgänge ist die illegale Beduinensiedlung Khan al-Ahmar am Highway 1 östlich von Jerusalem. Der Dorfvorsteher, Eid Abu Khamis, gab verschiedentlich sogar gegenüber der Presse zu, dass die Palästinensische Autonomiebehörde die Bewohner von Khan al-Ahmar dazu zwingt, an ihrem Ort unter menschenunwürdigen Bedingungen zu verbleiben, obwohl Israel den dortigen Beduinen wiederholt Vorschläge zur anderweitigen Ansiedlung unterbreitete.⁶

Die Rechtslage hingegen ist unstrittig; 2018 urteilte selbst der Oberste Gerichtshof Israels, dass Khan al-Ahmar illegal sei und abgerissen werden dürfe.⁷ Dabei wurde dieser Gerichtshof verschiedentlich als besonders kritisch gegenüber jüdischem Siedlungsbau eingestellt empfunden und sei, so die Stiftung Wissenschaft und Politik, „der Kritik ausgesetzt, in Opposition zur Regierung zu stehen und eine eigene politische Agenda voranzubringen. Tatsächlich galt er lange Zeit als eine linksliberale Bastion.“⁸

Der Weg für eine Räumung Khan al-Ahmars war mithin frei. Trotz ihrer Dementi⁹ war es übereinstimmenden (und keineswegs ausschließlich israelischen) Medienberichten zufolge Bundeskanzlerin Merkel, die Anfang 2019 damit drohte, eine anstehende Israelreise abzusagen, falls das Gerichtsurteil umgesetzt und Khan al-Ahmar geräumt werde.¹⁰

¹ https://peacemaker.un.org/sites/peacemaker.un.org/files/IL%20PS_950928_InterimAgreementWestBankGazaStrip%28OsloII%29.pdf

² Vgl. www.israeltoday.co.il/read/israeli-ngo-the-palestinians-are-stealing-area-c/

³ Vgl. Regavim (Hrsg.): Report on the Involvement of The European Union in illegal Buildings. European Unilateralism – The Facts on the Ground, Jerusalem 2014, S. 13.

⁴ Vgl. www.timesofisrael.com/tracking-illegal-arab-construction-one-eu-funded-house-at-a-time/

⁵ Vgl. www.eeas.europa.eu/delegations/palestine-occupied-palestinian-territory-west-bank-and-gaza-strip/eu-announces-%E2%82%AC296_en

⁶ Vgl. Ulrich Sahn: Siedlungen im Propagandakrieg, <https://www.audiatour-online.ch/2018/06/21/siedlungen-im-propagandakrieg/?amp=1>

⁷ Vgl. Lidia Averbukh: Israel: Das Gerichtsverfahren zur Umsiedlung des beduinischen Dorfes Khan al-Ahmar, www.swp-berlin.org/publikation/israel-das-gerichtsverfahren-zur-umsiedlung-des-beduinischen-dorfes-khan-al-ahmar

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. www.fr.de/politik/besuch-freundin-israels-10970040.html

¹⁰ Vgl. www.jpost.com/israel-news/if-merkel-is-here-than-so-is-khan-al-ahmar-568578, www.independent.co.uk/news/world/middle-east/an

Ron Prosor, nunmehr israelischer Botschafter in Deutschland, bezeichnete die Unterstützung illegaler palästinensischer Bautätigkeit durch die EU als „die ärgerlichste Art der Unterstützung, die deplatzierteste“¹¹. Seiner Meinung nach handelt es sich um einen „Akt der Unterminierung der Legitimität von Regierungs- und Gerichtsentscheidungen“ sowie eine „Infragestellung der Grundlagen der israelischen Demokratie durch die Staaten Europas“.¹²

[gela-merkel-israel-visit-palestinian-bedouin-village-demolish-west-bank-idf-radio-a8566661.html](https://www.bundestag.de/SharedDocs/Drucksachen/DE/18-20/12098/01/01_gela-merkel-israel-visit-palestinian-bedouin-village-demolish-west-bank-idf-radio-a8566661.html)

¹¹ Ron Prosor: A decade of the Fayyad Plan – Ten years of missed opportunities, in: Regavim (Hrsg.): The war of attrition. The Palestinian Authority's Program for Establishing an Arab State in Area C, Almog 2019, S. 46-49, hier: S. 49.

¹² Ebd.

